

## Streicheln als Strategie

VON JOSEF JOFFE

Die Flitterwochen sind zu Ende' meldet der russische Außenminister mit Seitenhieb auf die USA, und dies just in dem Augenblick, da Clinton seinem Freund Jelzin die schönste Morgengabe überreicht hat. Der amerikanische Präsident wird zum 50. Jahrestag des Sieges nicht etwa den treuesten Bundesgenossen England besuchen, sondern in Moskau eine Veteranenparade abnehmen. Mit von der Partie ist auch der deutsche Bundeskanzler, und beides ist ein Kompliment von strahlender Symbolik: die Regierungschefs der beiden westlichen Schlüssel-Mächte - Arm in Arm mit Boris Jelzin.

Eine pikante Ironie - hie die Umarmung, da die Abkehr? Der Widerspruch läßt sich rasch auflösen, wenn man die inneren Triebkräfte der Rußlandpolitik von Clinton wie Kohl betrachtet. Beide sind der ältesten Versuchung aller westlichen Politik verfallen: Sie personalisieren das Verhältnis zu Moskau, genauso wie einst Roosevelt in Jalta; nur ist es diesmal nicht 'Uncle Joe' (Stalin), sondern 'Freund Boris'. Jelzin gilt als der Bestmögliche in einer Situation, die so mancher schon als 'Weimar-Rußland' beschreibt; folglich gilt es, Boris bei bester Laune zu halten.

Das ist Politik als Psychiatrie, und sie nützt weder dem Westen noch den Russen. Wer den Gegenspieler als Patienten betrachtet, zollt ihm vorweg keinen Respekt, den Rußland genauso verdient wie Luxemburg oder China. Streicheleinheiten ersetzen keine Strategie. Zweitens übersieht diese Politik das Offenkundige: Die Jelzins kommen und gehen, Rußland aber bleibt bestehen. Und Jelzin wird ziemlich bald gehen, es sei denn, daß er es schafft, die Präsidentschaftswahlen von 1996, sagen wir, zu 'verschieben'. Jede vernünftige westliche Diplomatie muß sich an Interessen ausrichten, nicht an Individuen; 'Freundschaft' ist keine Kategorie internationaler Politik, zumal da der Freund von heute schon morgen der Mann von gestern sein könnte.

Die dritte und wichtigste Falsch-Prämisse ist die Vorstellung, daß Innenpolitik von außen gesteuert werden könne - daß man nur recht freundlich zu den Russen sein müsse, um sie so auf dem schmalen Pfad demokratischer und marktwirtschaftlicher Tugend zu halten. Wenn dem so wäre, würde in Rußland längst eine Mischung aus Westminster und Wall Street herrschen. Milliarden und Abermilliarden hat der Westen seit Gorbatschow in Rußland investiert; zuviel davon ist auf Schweizer Konten abgewandert. Wir haben nicht mit Komplimenten an Jelzin gezeitigt, wir haben auch dem russischen Staat ständig unsere Reverenz erwiesen. Washington hat Moskau die 'strategische Partnerschaft' angeboten, die NATO die 'Partnerschaft für den Frieden'. Auf dem Balkan

wurde Rußland ein Veto-Recht eingeräumt, mithin der NATO die Fähigkeit zu echten militärischen Optionen geraubt. Zu Grosny hat der Westen eher beredt geschwiegen.

Hat das die Schirinowskij's mundtot gemacht? Eher läßt sich das von Menschenrechtlern wie Kowaljow sagen, den die Staatsduma abgesetzt hat. Hat das Jelzin in einen Mandela verwandelt? Das Gegenteil ist der Fall. Jelzin regiert per Dekret; die Grenzen seiner Macht setzen ihm nicht Gesetz und Parlament, sondern das Chaos und die Armee. Betrachten wir die Sache e contrario: Kein Ex-Ostblock-Land ist weiter auf dem Weg zur Marktwirtschaft vorangeschritten als die Polen; sie verdanken das aber nicht westlichem Geld, sondern ihrer eigenen Entschlußkraft. Gleiches gilt für die Demokratisierung der Tschechischen Republik.

Falsche Prämissen, falsche Politik. Was wäre die richtige? Im Ansatz wäre es die amerikanische, wenn sie nicht so sprunghaft und unberechenbar wäre. Als Weltmacht konzentriert sich Washington naturgemäß auf die Große Strategie: den Abbau der russischen Atompotentiale, die Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrages, die Vernichtung von 40 000 Tonnen russischer Chemie-Munition. Das ist klassische Großmachtpolitik, die auf halbwegs gemeinsamen Interessen basiert und halbwegs funktioniert. Wo aber wirkliche Politik einsetzen muß, also die Interessen auseinanderstreben, legen die USA die gleiche Konzept-Unfähigkeit an den Tag wie die Europäer.

Mal wird die NATO erweitert, mal nicht; mal winkt man mit der Einladung in den G-7-Club der reichen Industrieländer, dann heißt es wieder 'Nein'; mal gilt Grosny als 'innere Angelegenheit', mal wird lauthals über die Menschenrechte gemurrt oder die Intervention als 'töricht' (Christopher) gegeföhelt. Die erste Regel müßte also lauten: keine Flip-Flops. Die zweite: Politik ist nicht gleich Psychiatrie. Denn diese verhilft dem 'Patienten' nicht zur Realitätsprüfung; Rußland muß wissen, welche Konflikte kompromißfähig sind und welche vitale westliche Interessen verletzen. Die dritte heißt in klassischer Diplomaten-sprache do ut des: dein Wohlverhalten gegen meines. Dabei kann der Westen ein realistisches Kalkül einsetzen: Er hat vieles zu bieten, was Rußland braucht. Und: Er sollte sich nicht total von dem Schirinowskij-Gespenst einschüchtern lassen, das die Offiziellen bei harten Verhandlungen gerne bemühen. Denn Besänftigung hilft nicht unbedingt den Reformkräften; zuvörderst ermutigt sie die Hardliner.

Die 'Flitterwochen', der Schwächeanfall Moskaus, sind längst vorbei; da hat Kosyrew recht. Es kommt jetzt darauf an, den Giganten auf tönernen Füßen zu 'sozialisieren': Entgegenkommen, wo möglich - dagegenhalten, wo nötig.